

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

N. XXIV/123

Bonn, den 3. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	HS 30 - Das Ende einer Affäre ----- Kontrolle - Wesenszug der Demokratie Von Irene Maier	45
2	Warum so unvollständig? ----- Zu einem im Auswärtigen Amt gehaltenen Referat über Bildungspolitik in der Bundesrepublik	50
3	An Skandinavien orientiert ----- Das Bildungsprogramm der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten	48
4 - 5	Deutsch-jugoslawische Beziehungen ----- Störmanöver aus Osteuropa Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	66

FRAU UND GESELLSCHAFT BRINGT HEUTE:

Wir stellen vor: Die Bundestagsabgeordnete Luise Herklotz
Mechtild Füllas:
Mangel an politischer Bildung - eine Gefahr für die Demokratie
SPD-Bundesfrauenausschuß an Botschafter Asher Ben Natan

HS 30 - Das Ende einer Affäre

Kontrolle - Wesenszug der Demokratie

Von Irene Maier

Der Bericht, der dem Bundestag über die Untersuchung der Beschaffung des Schützenpanzers HS 30 und des in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwurfs der Korruption vorgelegt worden ist, hat Zustimmung, bei manchen aber auch Erregung und Kritik ausgelöst. Das überrascht nicht. Wer läßt sich schon gern bescheinigen, daß er Fehler gemacht und bei leichtfertigen Umgang mit anvertrauter Regierungsgewalt ertappt worden ist?

Der 1. Untersuchungsausschuß hat in zweijähriger gründlicher Tätigkeit alle Möglichkeiten ausgeschöpft, nach so langer Zeit Licht in diese zur Affäre gewordenen Beschaffung zu bringen. Er hat sich redlich darum bemüht, ohne Ansehen von Personen und politischen Parteien festzustellen, was ist, und dieses in seinem Abschlußbericht auch festzuhalten.

Manchen schien dieser Aufwand zu groß. Doch er war notwendig. Wie zuvor hat der Deutsche Bundestag, der nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Kontrolle der Exekutive hat, so ins Einzelne gehend geprüft, wie die Verwaltung und deren verantwortliche politische Führung einen Auftrag mit immerhin beträchtlichen finanziellen Auswirkungen erledigt haben.

Wie zuvor mußten Beamten in öffentlicher Sitzung eines Untersuchungsgremiums Rechenschaft über das ablegen, was sie im einzelnen in einer bestimmten Sache getan und unterlassen, auf welchen Grundlagen sie bestimmte Entscheidungen gefällt haben.

Kontrolle ist ein Wesenszug der Demokratie. Sie ist doppelt notwendig dort, wo der natürliche Wechsel in der Regierung durch die im Wettbewerb miteinander stehenden Parteien über lange Perioden hin nicht erfolgt, wie dies bei uns der Fall ist, wo zwanzig Jahre lang die CDU/CSU den Bundeskanzler stellte, und die Verwaltung mit leitenden Beamten ihrer Couleur besetzt hat. Der Vorbehalt des Bürgers, vor allem der Jugend, gegenüber dem, was heute mit dem Schlagwort Establishment belegt wird, und die Resignation gegenüber der parlamentarischen Demokratie, die wir heute allenthalben feststellen, sind der Nährboden für radikale Gruppierungen. Darin drückt sich auch die Ohnmacht aus, diese Verhältnisse nicht selbst ändern zu können, und die Verzweiflung darüber, daß dieser Staat für den Bürger nicht durchsichtig ist, und daß das, was er als Mangel und als Versagen seiner Regierung erkennt, nicht beim Namen genannt und nicht in Ordnung gebracht wird. Das Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie kann nur erhalten und dort, wo es geschwunden ist, nur wieder hergestellt werden, wenn die Fehler der Regierungen Adenauer und Erhard bloßgelegt und durch geeignete Maßnahmen bereinigt werden.

Im Falle der Affäre HS 30 hat sich der Deutsche Bundestag dieser notwendigen Aufgaben unterzogen. - Der Untersuchungsausschuß hat deutlich gemacht, daß die Exekutive auch künftig damit rechnen muß, daß ihr Tun und Lassen schorungslos vor der Öffentlichkeit ausgebreitet wird. Für die Betroffenen ist solche Behandlung schwächender Wunden sicher unangenehm. Aber welcher Arzt kann heilen, ohne die Diagnose festgestellt zu haben und die notwendigen Eingriffe vorzunehmen?

Warum so unvollständig?

sp - Die aktuelle Situation der Bildungspolitik aus der Sicht der Kultusministerkonferenz war das Thema, zu dem Herr Ministerialdirektor Frey kürzlich vor den Mitgliedern der Kulturredeaktion des Auswärtigen Amtes referierte. Seine Ausführungen konzentrierten sich im wesentlichen auf die neuesten Gesetzesänderungen bezüglich des Kultur- und Schulwesens. Der Redner meinte, daß noch keine bundeseinheitlichen und grundsätzlichen Maßstäbe vorliegen würden, daß man jetzt aber damit begänne, neue Akzente für eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu setzen. Die Kultusministerkonferenz sei eine freiwillige Einrichtung und nur ein Hilfsmittel. Von der Öffentlichkeit wenig beachtet sei das am 14. Mai 1969 in Kraft getretene Finanzreformgesetz, das drei sehr unterschiedliche Änderungen in der Kulturpolitik gebracht hätte. Hierunter fallen: 1. Das Institut der Gemeinschaftsaufgaben, der Planungsausschuß und der Ausbau aller wissenschaftlichen Hochschulen. Siehe auch neuer Art. 91 a Grundgesetz. - 2. Die Einführung einer Bundesrahmenkompetenz für das gesamte Hochschulwesen nach Art. 75 Grundgesetz und - 3. der ebenfalls neu hinzugekommene Art. 91 b Grundgesetz, wonach künftig zwischen dem Bund und den Länderregierungen Verträge geschlossen werden können.

Auch auf den Reformgedanken zur Bildung von Gesamtschulen ging der Redner kurz ein und wies darauf hin, daß der Deutsche Bildungsrat zu dieser Schulform ein Versuchsprogramm empfohlen hätte. Daß aber das Modell zur Bildung von Gesamtschulen in dem von der SPD regierten Land Hessen bereits Wirklichkeit geworden ist, wurde mit keiner Silbe erwähnt. Dafür hat Herr Direktor Frey aber die politischen Parteien generell kritisiert, die Kultur- und Bildungspolitik zu "vernachlässigen".

Dies mag bei anderen Parteien stimmen, nicht aber bei der SPD, und jeder, der es genau wissen will, kann im Regierungsprogramm der SPD, in den Beschlüssen des Außerordentlichen Parteitages in Bad Godesberg und in den Protokollen des Bundestages nachlesen, daß gerade die SPD in der Kultur- und Bildungspolitik bisher mehr als aktiv gewesen ist und konkrete Reformvorschläge veröffentlicht hat. Hierzu gehört auch der Entwurf "Modell für ein demokratisches Bildungswesen", herausgegeben vom Bildungspolitischen Ausschuß beim Vorstand der SPD unter ihrem Vorsitzenden Johannes Rau. Nicht zuletzt kann darauf hingewiesen werden, daß in den sozialdemokratisch regierten Ländern Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bremen und Saarland bereits alle Voraussetzungen für die Verwirklichung der Bildungspolitischen Leitsätze der SPD geschaffen wurden.

Es gibt noch einige andere wichtige sozialdemokratische Vorschläge für eine fortschrittliche Bildungspolitik. Zum Beispiel: Harmonisierung der Lehrerausbildung und Besoldung, Möglichkeiten für den Lehrer, durch zusätzliche Prüfungen die Laufbahn und evtl. die Schule zu wechseln, Einführung der Ganztagschulen und den Gesamtanteil der Kulturausgaben von bisher 12% zu erhöhen.

Es ist bedauerlich, daß bei Vorträgen vor Beamten und Angestellten eines Bundesministeriums nicht auf diese Tatsachen hingewiesen wird. Zu einer Darstellung der aktuellen Situation der Bildungspolitik aus der Sicht der Kultusministerkonferenz würde das gewiß gehören.

An Skandinavien orientiert

Das Bildungsprogramm der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten

Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten haben auf ihrem Parteitag in Wedel bei Hamburg ein Bildungsprogramm für das nördliche Bundesland vorgelegt. Sie haben gleichzeitig dafür plädiert, daß die SPD in den anderen deutschen Bundesländern die in Wedel vorgelegten Zielvorstellungen ins Auge fassen. Das Bildungsprogramm weist nach vorn und orientiert sich an Skandinavien und da vornehmlich an Schweden.

Die Einführung der Gesamtschule ist das Kernstück des Programms. Um das zu ermöglichen, müssen Zentralschulen gebaut werden. Die 186 Delegierten der SPD in Wedel haben konsequent von der Kieler CDU, FDP-Landesregierung nunmehr einen Zentralschulbauplan verlangt.

Nach den Vorstellungen der schleswig-holsteinischen SPD sollen alle Kinder mit Vollendung des fünften Lebensjahres nach Möglichkeit in die Eingangsstufe der Grundschule aufgenommen werden. In den ersten drei Grundschuljahren soll im Unterricht auch differenziert gearbeitet werden, welche Begabung und Neigung die Kinder haben. Dem soll sich eine zweijährige Förderstufe anschließen.

Für die letzten vier Jahre der Mittelstufe der Gesamtschule ist der gefächerte Unterricht vorgesehen. Es geht hier um Kernunterricht, Fachleistungskurse, Förderungskurse, Wahlpflichtkurse und reine Wahlkurse. Darauf baut sich eine Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der berufsbildenden Schulen durch Studium und Fachkollegs auf. Es müssen in Verfolg der Gesamtschule Fachgymnasien für Technik, Wirtschaft sowie den kaufmännischen, hauswirtschaftlichen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Bereich geschaffen werden.

Das Bildungsprogramm der Gesamtschule ist von einem besonderen Ausschuß der SPD entwickelt worden. Initiatoren waren unter anderem der SPD-Vorsitzende Joachim Steffen und der Landtagsabgeordnete und Pädagoge Jürgen Busack. Steffen wies darauf hin, die Entwicklung der Gesellschaft hänge entscheidend vom Niveau der Ausbildung ab. Die kommenden zehn Jahre der zweiten industriellen Revolution würden darüber entscheiden, ob die Bundesrepublik künftig zu einem entwickelten oder unterentwickelten Land gehört. Steffen sagte, die Kosten für das bildungspolitische Reformmodell der SPD werden hoch sein. In dieser wichtigen politischen Frage gehe es aber schließlich um die Festlegung der Prioritäten.

Worum es bei der ganztägigen Gesamtschule geht, faßte Busack mit folgenden Worten zusammen: "Nicht mehr an den drei Klettertauen der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums soll sich der Schüler der Zukunft hochangeln. Stattdessen soll er seine Kräfte an der Grossenwand der Gesamtschule individuell und optimal entfalten. Die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sollen unter einem einzigen Gesamtschuldach in einem Schulzentrum zusammengefaßt und neu gegliedert werden. Damit tritt an die Stelle der starren Dreigliedrigkeit die viel wirksamere Mehrgliedrigkeit der reichen Vielfalt im Angebot der differenzierten und integrierten Gesamtschule. Und damit folgt nach Jahren einer Surststrecke der Schulreform ein Wiederaufleben sozialdemokratischer Schulreform, die in der ökonomischen Krise der Weimarer Republik auf der Strecke geblieben ist."

+ - +

Deutsch-Jugoslawische Beziehungen

Störmanöver aus Osteuropa

Von Hans Peter Ruilmann, Belgrad

Auf der Adriainsel Brioni, die dem jugoslawischen Marschall Tito als Sommerresidenz dient, hat der neue Botschafter der Bundesrepublik in Belgrad, der bisherige Politische Direktor der NATO und Berufsdiplomat Jaenicke, am vergangenen Montag sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Die große Eile, mit der die jugoslawische Regierung den Nachfolger des zurückgetretenen deutschen Botschafters Peter Blachstein akzeptiert hat, gibt deutliche Auskunft über das sich ständig verbessernde Verhältnis zwischen den beiden Ländern, doch natürlich findet man noch viele andere Anzeichen für eine Aufhellung des Horizontes der deutsch-jugoslawischen Beziehungen.

Mit weitaus größerer Publizität als in Deutschland ist die abgeschlossene Visite des bayrischen Ministerpräsidenten Goppel in Slowenien von jugoslawischer Seite kommentiert worden, und vor allem die Tatsache, daß die deutsche Polizei nach jahrelangem Insistieren der jugoslawischen Seite endlich dazu übergegangen ist, den kroatischen Emigrantenschwungel in der Bundesrepublik auszuforschen, ist in Jugoslawien mit großer Aufmerksamkeit und Freude registriert worden. Obgleich die deutsche Polizeiaktion in München und Stuttgart, die bisher zur Verhaftung von acht nationalistischen Terroristen geführt hat, nur aus rechtsstaatlichen und formalen Gründen solange hinausgezögert werden mußte, glaubt die jugoslawische Presse sogar an einen "ideologischen Wandel" der deutschen Gesellschaft, worunter in der jugoslawischen Terminologie eine qualitative Verbesserung der Geisteshaltung der deutschen Bevölkerung und ihrer Staatsorgane verstanden wird.

Vergleicht man damit den jugoslawischen Vorwurf gegenüber der DDR, sie benehme sich wie ein Nachfolger der ungeratensten und militaristischsten preußischen Traditionen, dann erst wird deutlich, welche Chancen die Bundesrepublik Deutschland nun in Südosteuropa erworben hat. Zu diesem Bild paßt auch eine Quasi-Einladung an den neuen jugoslawischen Außenminister Mirko Tepavac, der gemeinsam mit Willy Brandt in Bonn das neue deutsch-jugoslawische Kulturabkommen unterzeichnen soll.

Obgleich die jugoslawische Seite nicht abgeneigt war, diesem

auf nach Bonn Folge zu leisten, mußte sie jedoch wieder einmal davon Kenntnis nehmen, daß die Grenzen der außenpolitischen Freiheit doch ziemlich begrenzt sind. Kaum hatte nämlich die sowjetische Seite von der bevorstehenden westdeutschen Initiative erfahren, da unternahm die Moskauer Botschaft in Belgrad einen Vorstoß, indem sie eine parallele Einladung an den jugoslawischen Außenminister nach Moskau aussprach. Die von Jugoslawien oft gescholtene DDR schloß sich dieser Initiative an, um ihrerseits Tito und Ministerpräsident Ribičić einzuladen, und nun mochten auch die Bulgaren nicht mehr abseits stehen und boten den Jugoslawen Gespräche über die alte und leidige Mazedonienfrage an.

Die Jugoslawen, die wenig Vertrauen in den Nutzen solcher Gespräche haben, wiesen zwar sofort darauf hin, daß die Reihe zunächst einmal an Außenminister Gromyko sei, der schon seit langem in Belgrad erwartet werde, aber obgleich sie sich auf diese Weise von der sowjetischen Initiative distanziert hatten, zogen sie es schließlich doch vor, ihren Außenminister Tepavac zunächst einmal in die Schweiz statt nach Bonn zu schicken.

Das Dilemma, in dem sich die jugoslawische Außen- und Deutschlandpolitik befindet, kam noch am selben Tage im offiziellen Parteiprogramm "Borba" zum Ausdruck. Während auf Seite 2 dieser Zeitung in einem Kommentar zur abgeschlossenen Sitzung der Sozialistischen Internationale in Großbritannien offen bedauert wurde, daß dieses Forum nichts unternommen habe, um zur Überwindung der Spaltung Deutschlands beizutragen, wurde eine Seite weiter in einem Bericht über die gleichfalls abgeschlossene Weltkonferenz für den Frieden in Ostberlin als positiv herausgestrichen, daß dieses Treffen die Bedeutung Berlins als Sitz der DDR-Regierung international aufgewertet habe.

Daß die Schizophrenie der jugoslawischen Deutschlandpolitik vor allem dem erneut wachsenden Druck aus dem Osten zu verdanken ist, lehnen die neuesten Angriffe aus allen osteuropäischen Hauptstädten auf die jugoslawischen Positionen. Gerade deshalb sollte die Bundesrepublik nichts unversucht lassen, um die Beziehungen zu Belgrad noch weiter zu verbessern.